Gedanken über die Wirtschaft der achtziger Jahre

Autor(en): **Kneschaurek, Francesco**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Ingenieur und Architekt**

Band (Jahr): **102 (1984)**

Heft 12

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-75425

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Gedanken über die Wirtschaft der achtziger Jahre

Von Francesco Kneschaurek, St. Gallen

Hoffnungsvolle Prognosen?

Die wirtschaftlichen Aussichten werden seit einiger Zeit optimistischer beurteilt. Das Wort «Erholung» wird immer häufiger durch den Begriff «Aufschwung» verdrängt. Die Prominenz in Wirtschaft und Politik strahlt Zuversicht aus und bekundet vermehrten Glauben an die Zukunft. Diese optimistische Grundhaltung findet ihren Niederschlag in den *offiziellen Prognosen* im In- und Ausland. Die Ende 1983 veröffentlichte Prognose der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF-ETH) - die als Grundlage für die Lagebeurteilung durch die Eidgenössische Kommission für Konjunkturbeobachtung dient - rechnet für 1984 mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandproduktes der Schweiz von 2,3% (Tabelle 1): Die Ergebnisse anderer Prognosen (beispielsweise der Banken, der OECD sowie weiterer Forschungsinstitute) weisen in die gleiche Richtung. Vergleicht man diese Prognosewerte mit der tatsächlichen Entwicklung der letzten Jahre (Rückgang des realen Bruttoinlandproduktes im Jahre 1982, Null-Wachstum im Jahre 1983), so erhält man unschwer den Eindruck, wir befänden uns tatsächlich auf dem Weg aus dem Wellental heraus. Die «Neue Zürcher Zeitung» sprach kürzlich von einem «breit abgestützten Glauben an den Aufschwung» (NZZ, Nr. 4, 6.1.1984, S. 15). Ähnliche Prognosen werden für die Weltkonjunktur gestellt, von der erwartet wird, dass sie sich 1984 - vom starken Aufwind der US-Konjunktur getragen - allgemein beleben und damit auch zu einer Ausweitung des Welthandels führen werde. Auch diese Prognosen nähren den Glauben, wir hätten das Gröbste überstanden und würden nun endgültig besseren Zeiten entgegenschreiten. Daraus wird oft der Trugschluss gezogen, das Beste, was man in der derzeitigen Lage tun könne, sei noch die paar Monate zu warten, bis sich die Sicht endgültig klärt und der Aufschwung in vollem Gang ist; somit gelte es, mit gütiger Hilfe der Banken und ihrer Überbrückungskredite, die letzten konjunkturellen Widerwärtigkeiten und Turbulenzen zu überstehen. Grundlegende Beschlüsse könnten ja ohnehin nur bei klarem, ungetrübtem Wetter getroffen werden, und müssten auf alle Fälle bis zum endgültigen Wetterwechsel hinausgeschoben werden. Das sind allerdings verhängnisvolle Fehlüberlegungen!

Tabelle 1. Zuwachsraten des realen Bruttoinlandproduktes. Quelle: KOF

	1983	1984 (Prognose)
Schweiz	0	+2,3
Bundesrepublik	+0,5	+2,0
Grossbritannien	+2,0	+2,0
Italien	−1,5	+0,5
Frankreich	0	0
Europ. Industrieländer	+0,5	+1,0
USA	+3,0	+4,5
Kanada	+1,0	+3,5
Japan	+3,0	+3,5
Industrieländer Total	+1,0	+1,5

Warnung vor falschen Schlussfolgerungen

Einmal müssen die sich aus den 84er Prognosen aufdrängenden Schlussfolgerungen relativiert werden. Die für 1984 prognostizierten gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten sind - von der Entwicklung der US-Wirtschaft einmal abgesehen - eher bescheiden. An den wichtigsten Merkmalen der gegenwärtigen Wirtschaftslage insbesondere in Westeuropa - hohe Arbeitslosigkeit, unausgelastete Produktionskapazitäten, gedrückte Ertragsmargen, ungenügender cash-flow, ungelöste strukturelle Anpassungsprobleme usw. - wird sich auch 1984 kaum etwas ändern. Zahlreiche Prognostiker sind sogar der Ansicht, dass selbst in denjenigen Ländern, die vom prognostizierten Aufschwung am stärksten profitieren, das *Arbeitslosenproblem nicht abgebaut* werden kann, sondern sich mancherorts sogar verschärfen wird. Ähnliches gilt für viele andere Probleme, welche seit einiger Zeit die Volkswirtschaften der westlichen Industrieländer belasten. Der prognostizierte Aufschwung - sofern man ihn auf das Jahr 1984 bezieht - kann somit bestenfalls als eine leichte Aufhellung in einer auch Ende dieses Jahres weiterhin *stark verhangenen wirtschaftlichen Landschaft* bezeichnet werden. Nun könnte man entgegnen: Das ist immerhin besser als nichts - und weiter argumentieren: Ist einmal die Wende eingetreten, so kann doch aus dem typischen Erfahrungsbild der Konjunktur erwartet werden, dass die Aufwärtsbewegung durch die hinreichend bekannten konjunkturellen «Akzeleratoren» an Kraft und Geschwindigkeit gewinnt, zumal dann auch eine optimistischere Beurteilung der Zukunft Platz greift, welche die Entscheidungen im Wirtschaftsleben positiv beeinflussen wird. Nun sind an sich die Prognosen viel vorsichtiger und bedingter formuliert, als man es anhand ihrer zahlenmässigen Ergebnisse vermuten könnte. Leider werden in vielen Massenmedien nur diese Ergebnisse übernommen und kommentiert, ohne auf die Annahmen hinzuweisen, die erfüllt sein müssten, damit die Prognosen auch tatsächlich eintreten. Und werden diese Annahmen erörtert, so wird ihnen allzu oft vom Leser- und Höhrerpublikum nicht die nötige Beachtung geschenkt. Das führt unvermeidlich dazu, dass die von diesen Annahmen losgelösten Ergebnisse falsche Hoffnungen erwecken, die zwar - wie jede Stimmung - eine Weile lang anhalten können, mangels objektiver Grundlagen aber früher oder später unvermeidlich wieder zusammenbrechen. Besonders bedenklich erscheint mir der Umstand, dass durch die gegenwärtigen Prognosen der Glaube gefestigt wird, die bestehenden Probleme könnten ausschliesslich im Rahmen des idealtypischen Verlaufmusters konjunktureller Schwankungen gesehen werden, wonach jeder Rezession - nach dem bekannten Motto «Nach dem Regen scheint wieder die Sonne» - unvermeidlich und ganz von selber ein Aufschwung folgen *müsse*. Den «Aufschwungsprognostikern» kann meiner Ansicht nach der Vorwurf nicht erspart werden, dass sie sich allzusehr von kurzfristigen Überlegungen leiten lassen, auf das lehrbuchmässige Ablaufschema der Konjunktur ausrichten und dabei den massgeblichen Einfluss *langfristiger* struktureller und institutioneller Faktoren übersehen, welche entscheidend auf die Rahmenbe-

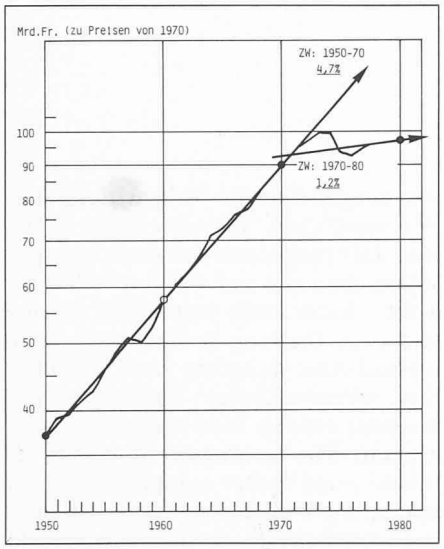


Bild 1. Die Entwicklung des realen Brutto-Inlandproduktes von 1950 bis 1982

dingungen des wirtschaftlichen Geschehens einwirken und damit die Entwicklungsbedingungen einer Volkswirtschaft massgeblich bestimmen.

Tatsächlich sind die Probleme, die uns gegenwärtig so stark beschäftigen und belasten, weniger auf Faktoren zurückzuführen, die wie die Gezeiten im Konjunkturwechsel entstehen und wieder vergehen. Wie seit langem betont, liegen ihre Ursachen tiefer, nämlich in einer grundlegenden und weltweiten *Verschlechterung* der politischen, gesellschaftlichen, technologischen, demographischen und ökologischen Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens im Vergleich zu den in den fünfziger und sechziger Jahren herrschenden.

Die Faktoren, die hinter dieser Entwicklung stecken, lassen sich stichwortartig folgendermassen zusammenfassen: Verschlechterung der weltpolitischen Lage, zunehmende Zahl von Krisen- und Konfliktherden auf der ganzen Welt; wachsende Auflehnung gegen die in den fünfziger und sechziger Jahren fast vorbehaltlos bejahten gesellschaftlichen Wertvorstellungen (Bejahung des Wirtschaftswachstums, des technischen Fortschrittes, der Leistungsgesellschaft, der «bürgerlichen» Wertvorstellungen wie Ruhe, Ordnung, Disziplin, Arbeitsethos, Ehrfurcht gegenüber dem Staat und seinen Institutionen, der Kirche, der Familie usw.); in dem Masse, als diese Werte in Zweifel gezogen werden, verlieren auch die Wachstumskräfte jenes sozio-politische Fundament, auf welchem sie sich lange Zeit nahezu ungehemmt entfalten konnten; eine inkonsistente Konjunkturpolitik, die in Form einer «Stop-and-Go-Politik» mehr verunsichernd als stabilisierend wirkte; generell eine Wirtschaftspolitik des sich Durchwurstelns, die mehr darauf bedacht war, den Problemen auszuweichen, als sie zu lösen, was mit der Zeit zu einem immer grösseren Stau unbewältigter Strukturprobleme führte; die immer stärkere Überforderung der Wirtschaft durch die Anspruchsinflation, d.h. den Umstand, dass die Summe der von allen Seiten an Staat und Wirtschaft gestellten Ansprüche je länger desto mehr das produktive Leistungsvermögen der einzelnen Volkswirtschaften überschritt; eine fortschreitende institutionelle Sklerose durch überwuchernde Bürokratie; Zerfallserscheinungen in der nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten liberalen Weltwirtschaftsordnung; sie zeigen sich in wachsenden Währungsschwierigkeiten, im Wiederaufflackern des Protektionismus und im scheinbar unaufhaltsamen Wachstum der das gesamte Weltfinanzsystem gefährdenden Überschuldung der Ostblockstaaten und der Dritten Welt; die Verzerrungen der internationalen Kapital- und Finanzströme durch die Preispolitik der OPEC-Länder; der Übergang von einer Phase starken Bevölkerungswachstums in Westeuropa zu einer Phase immer schwächer werdenden, teilweise sogar negativen Bevölkerungswachstums; zunehmende Sättigungserscheinungen auf immer zahlreicheren Märkten der hochentwickelten Länder. (Vgl. hierzu *F. Kneschaurek:* «Der Trendbruch der siebziger Jahre und seine wirtschaftlichen Konsequenzen», Diessenhofen 1980.)

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen «Umwelt» führte zu einem eigentlichen *«Trendbruch»*, der sich in einem Erlahmen der Entwicklungsdynamik der westlichen, insbesondere der westeuropäischen Industrieländer und einer entsprechenden Verlangsamung ihres Wirtschaftswachstums äusserte. Die Stärke dieses Trendbruchs lässt sich daran ermessen, dass die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandproduktes der Schweiz, die während nahezu 25 Jahren (1948–1973) 4,7% pro Jahr betrug, auf nunmehr 1,2% in den siebziger Jahren fiel (Bild 1).

Umdenken notwendig...

Daraus kann gefolgert werden, dass – *solange sich diese Rahmenbedingungen nicht bessern – kein echter und dauerhafter Aufschwung erwartet werden kann.* Diese Ansicht deckt sich mit der namhafter ausländischer Konjunkturprognostiker, die zwar ebenfalls nicht in Abrede stellen, dass im Jahre 1984 – im Vergleich zu 1982 und 1983 – eine Besserung der Wirtschaftslage im Sinn positiver Wachstumsraten der Produktion in sozusagen allen westlichen Industrieländern (mit Ausnahme von Frankreich und Italien) eintreten dürfte. Sie weisen aber zugleich auf die Gefahr eines *erneuten Rückschlages bereits im Jahre 1985* hin, und zwar infolge des immer stärker werdenden Drucks der unbewältigten Strukturprobleme. Diese lassen sich nicht kurzfristig lösen. Es braucht dazu ein *Umdenken auf allen relevanten Entscheidungsebenen* bzw. einen *politischen Lernprozess,* dem - wie bei allen Lernprozessen - die Beteiligten nur widerwillig und unter starkem äusseren Druck zu folgen bereit sind, weil mit ihm die Trägheitsgesetze der Menschen überwunden und ihre gewohnte Normen- und Erfahrungswelt durchbrochen werden muss: ein Sachzwang, dem sich niemand gerne unterwirft. Doch gibt es keine Alternative, es sei die eines allmählichen wirtschaftlichen Zerfalls mit dem damit einhergehenden Verarmungsprozess und einem unerträglichen Anschwellen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme. Anders ausgedrückt: *Die hoffnungsvolle Erwartung auf einen längerwährenden Aufschwung wird sich nicht bewahrheiten, solange die Verhaltensweisen in Wirtschaft und Politik und die ihnen zugrundeliegenden Wertvorstellungen und Prioritäten – gesamthaft betrachtet – die gleichen bleiben wie bis anhin.* Also wenn:

- auf *internationaler Ebene* die nationalen Egoismen und Partikularismen vorherrschen und weiterhin über das Gebot vermehrter internationaler Kooperation und Solidarität gestellt werden (denken wir etwa an die enttäuschenden Ergebnisse der Athener Gipfelkonferenz der EG-Staaten);
- auf *nationaler Ebene* die Regierungen – vor allem der führenden Industrienationen des Westens – sich zu keiner konsistenteren Wirtschaftspolitik durchringen können. Eine Politik der Inflationsbekämpfung – so sehr man sie auch begrüssen mag – genügt allein noch nicht. Sie muss vielmehr flankiert werden durch eine auf das Gleichgewicht der öffentlichen Haushalte ausgerichteten Finanzpolitik und sich im weiteren auf die Einsicht stützen, dass die an Staat und Wirtschaft gerichteten Einkommensansprüche – in Form von Löhnen und Sozialleistungen, kollektiven Leistungen, Subventionen, Begünstigungen usw. – ebenfalls im Gleichgewicht mit dem produktiven Leistungsvermögen der einzelnen Volkswirtschaften stehen müssen;
- ein Umdenken muss sich also auch auf der Ebene der *wirtschaftlichen und politischen Interessengruppen* einstellen, welche vermehrt den elementaren nationalökonomischen

Grundsatz beachten müssen, wonach in einer Volkswirtschaft nicht mehr verteilt werden kann als produziert wird;
- wenn sich die *Mobilität* der Erwerbstätigen auf allen Stufen, d.h. ihre Bereitschaft und Fähigkeit, sich den geänderten und sich weiter verändernden Anforderungen ihres beruflichen Lebens anzupassen, nicht (wieder) steigern lässt, und wenn schliesslich
- die *Unternehmer* vornehmlich kurzfristig, defensiv und reaktiv handeln, ihren strukturellen Anpassungsproblemen ausweichen und deren Lösung ständig hinausschieben, anstatt sie tatkräftig an die Hand zu nehmen.

Die Bestätigung dieser Behauptungen findet sich in einer Perspektivstudie, die bereits Ende der siebziger Jahre vom St. Galler Zentrum für Zukunftsforschung über die Wirtschaft der achtziger Jahre erstellt wurde. Unter der Annahme unveränderter Zielsetzungen, Verhaltensweisen und Prioritäten in Wirtschaft und Politik wurde damals die These vertreten, die Wachstumsraten der westlichen, insbesondere der westeuropäischen Industrieländer, würden sich in den achtziger Jahren - im Vergleich zu den siebziger Jahren - abermals verringern. Man hat damals diese These als extrem pessimistisch verurteilt. Die Entwicklung seit 1980 hat indessen unsere Perspektiven nicht nur voll bestätigt: Die tatsächliche Entwicklung bewegte sich bisher sogar längs eines noch flacheren Trends als des von uns «vorausgeschätzten» (Bild 2).

Perspektiven der Bauwirtschaft

Die Entwicklungsaussichten der Bauwirtschaft sind im Rahmen dieser allgemeinen Perspektiven zu sehen. Für 1984 wird - nach übereinstimmender Ansicht - mit einer Zunahme des gesamten Bauvolumens um gegen 3% gerechnet (Tabelle 2). Das ist eindeutig mehr als die prognostizierte Wachstumsrate der gesamtschweizerischen Volkswirtschaft. Ebenfalls unbestritten ist, dass die Zuwachsrate des privaten Baus noch höher (+3,8%), die des öffentlichen Baus hingegen beträchtlich tiefer (+1%) liegen wird. Die Prognosen für das Jahr 1984, verbunden mit der Beobachtung, dass das Bauvolumen in den letzten 6 bis 7 Jahren - also auch mittelfristig - stärker anzog als die gesamtwirtschaftliche Produktion, dürfen nun allerdings nicht zu einer erneuten Fehleinschätzung der Entwicklungsaussichten der Baubranche führen, wie

	1982	1983	1984 (Prognose)
Gesamte Bautätigkeit	−2,5	0	+2,8-3,0
Privater Bau	−5,0	0	+3,8
- Wohnungsbau	−7,1	+1,3	+5,2
- übriger Bau	−1,3	−2,3	+1,4
Öffentlicher Bau	+2,2	+1,6	+1,0
- Hochbau	+2,3	+5,5	+3,0
- Tiefbau	+2,0	−1,2	−1,1
- Unterhalt	+3,7	+2,5	+3,2

Tabelle 2. Wachstumsraten der Bautätigkeit in der Schweiz. Quelle: BfK, SGZZ

dies Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre geschah.

Das rührt daher, dass die Bauwirtschaft wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig der Tendenz unterliegt, auf ihren Entwicklungspfad zu über- bzw. zu untersteuern. Was heisst das? Bild 3 veranschaulicht die Zusammenhänge. Wenn die Nachfrage nach Bauleistungen nach einer Periode längerfristiger Wirtschaftsflaute, um nicht zu sagen der Stagnation (wie sie die Schweiz von Anfang der dreissiger Jahre bis Ende des Zweiten Weltkrieges erlebte), plötzlich wieder kräftig anzieht, so bleiben die Bauunternehmer zunächst vorsichtig und zurückhaltend in ihren Dispositionen, namentlich was eine Erweiterung ihrer Kapazitäten betrifft. Die Erfahrung einer langen Periode schlechten Geschäftsganges liegt ihnen wie Ischias in ihren Knochen; sie dämpft zugleich ihre Zuversicht und hemmt ihre Initiative. Vor allem scheuen sie sich davor, ihre Kapazitäten auszubauen und entsprechende Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen. Die Folge ist ein Nachfrageüberhang, der die Baupreise in die Höhe treibt und die Erträge der Bauunternehmer kräftig anschwellen lässt. Nimmt die Nachfrage unvermindert zu - wie dies in den fünfziger und sechziger Jahren der Fall war - so beginnen die Unternehmer allmählich sich auf diese Entwicklung einzustellen und sie zu antizipieren. Die Kapazitäten wer-

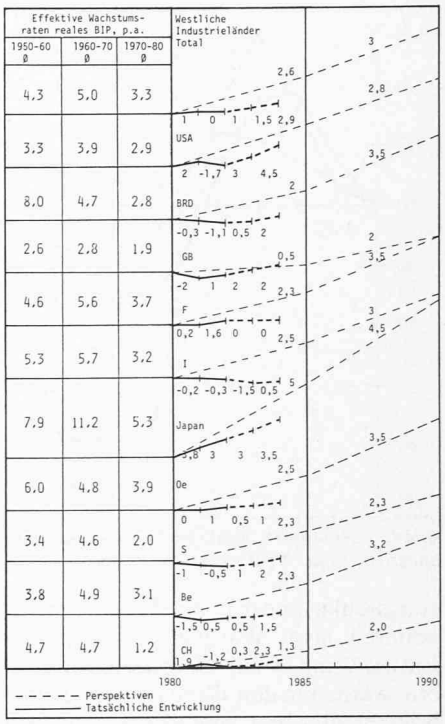
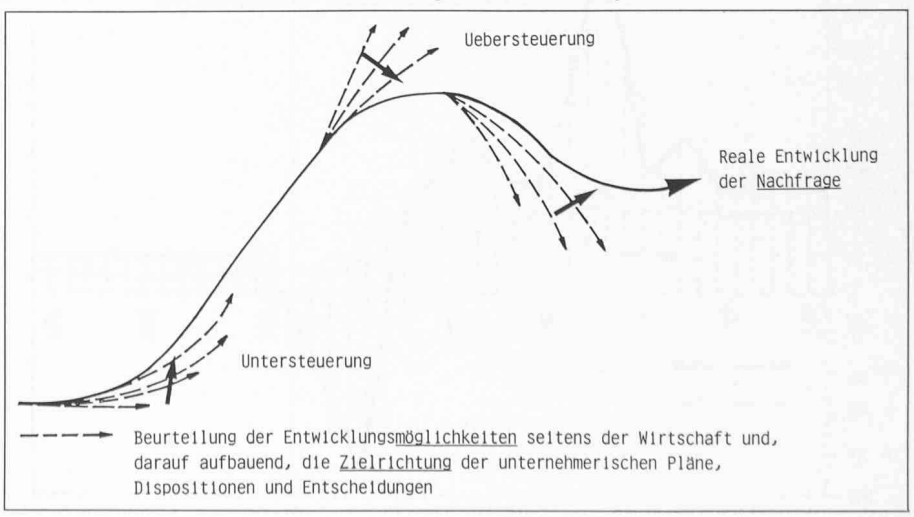


Bild 2. Kurz- und langfristige Perspektiven für einige westliche Industrieländer

den immer rascher ausgebaut. Neue Unternehmer drängen in die Branche und auf die Märkte, die ihnen so verheissungsvolle Entwicklungschancen versprechen ... Niemand will mehr zurückstehen; eine Expansionspolitik drängt sich geradezu auf, und es käme in der Tat einer Selbstkasteiung gleich, wollte man sich in einer solchen Entwicklungsphase Zurückhaltung auferlegen.

Damit erhält die Aufwärtsbewegung eine Eigendynamik, die ihr immer neue Impulse verleiht. Je länger die Entwicklung fortschreitet - in unserem Fall über zwanzig Jahre lang! -, um so mehr gewöhnt man sich an sie und um so mehr vertraut man darauf, dass sie auch in Zukunft weitergeht. In dieser Phase kann man denkbar einfach «planen» und disponieren, weil der Vergangenheitstrend sich ohne grössere Schät-

Bild 3. Die Tendenz zur Über- bzw. Untersteuerung einer Marktwirtschaft



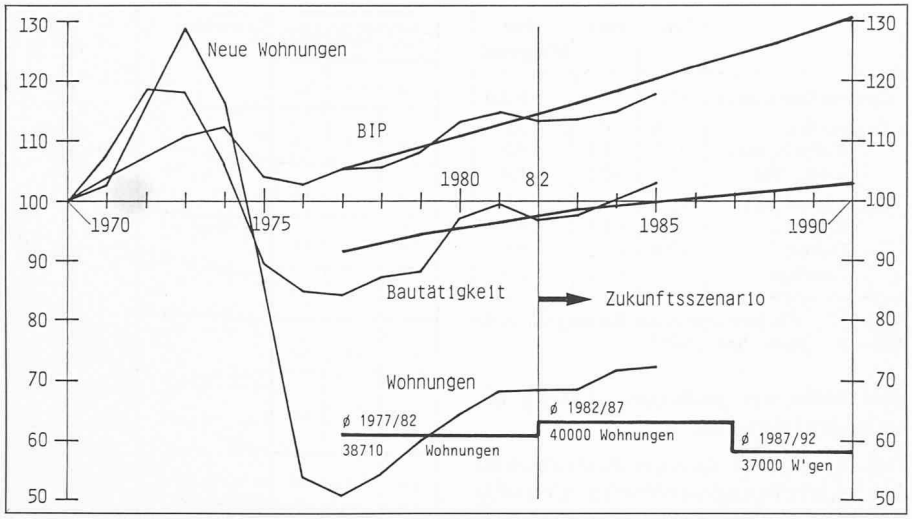


Bild 4. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung (BIP) und die Entwicklung der Bautätigkeit und des Wohnungsbaues von 1970 bis 1982, mit Prognosen bis 1990

zungsfehler linear in die Zukunft extrapolieren lässt. Warnrufe, eine solche Entwicklung könne nicht ewig fortdauern, werden in den Wind geschlagen. Es braucht allerdings nur eine Abflachung des Nachfragewachstums - etwa als Folge einer Abflachung des Bevölkerungswachstums durch den Übergang zu einer restriktiveren Ausländerpolitik -, und schon schiesst die Bautätigkeit über den langfristigen Bedarfstrend hinaus. Immer grössere Überkapazitäten entstehen und zwingen die Bauwirtschaft zu einer überaus schmerzlichen Redimensionierung der zu gross gewordenen Kapazitäten. Ein ruinöser Preiskampf setzt ein. Innert kürzester Zeit bricht die Baukonjunktur ein: Die Produktion sinkt dann in der Regel sogar unter den langfristigen Bedarfstrend. Der Übersteuerung folgt eine Untersteuerung.

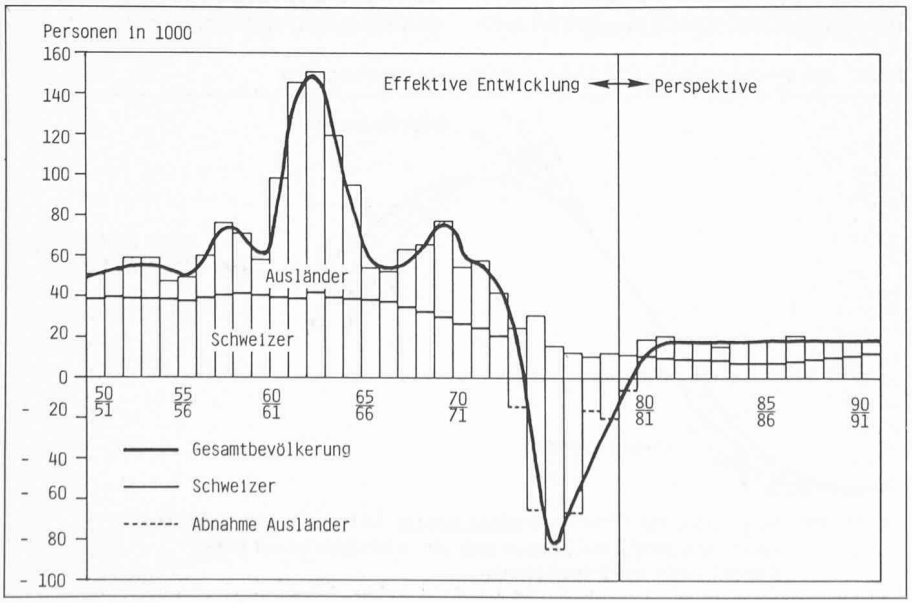
Ein klassisches Beispiel liefert der *Wohnungsbau*. 1973 wurden in der Schweiz nicht weniger als 82 000 Wohnungen erstellt: Eine Zahl, die mehr als doppelt so hoch lag wie der langfristige «Normalbedarf». Zwei Jahre später, als es zur bekannten zusammenbruchartigen Kontraktion des Wohnungsbaues kam, wurden nurmehr 32 000 Wohnungen erstellt: Eine Zahl, die diesmal unter dem langfristigen Bedarfstrend lag. Ab 1977 setzte dann ein Normalisierungsprozess im Sinn eines erneuten Einpendelns der Wohnbauproduktion in den längerfristigen Bedarfstrend ein. Im Hinblick auf das aussergewöhnlich tiefe Ausgangsniveau der Jahre 1976/77 ging dieser Normalisierungsprozess mit verhältnismässig hohen Zuwachsraten der privaten Wohnbautätigkeit insbesondere des Wohnungsbaues einher. Tatsächlich nahm das reale Bruttoinlandprodukt der Schweiz zwischen 1977 und 1983 um 11%, die private Bautätigkeit hingegen um 40% und der private Wohnungsbau sogar um 56% zu! Bild 4 deutet nun darauf hin, dass *die Gefahr einer erneuten Übersteuerung der privaten Bautätigkeit insbesondere des Wohnungsbaus nicht von der Hand zu weisen ist.* Nach unseren Berechnungen dürfte der private Wohnungsbau 1984 eindeutig den langfristigen Bedarfstrend übersteigen. Ich glaube, man sollte diese Gefahr rechtzeitig erkennen und danach disponieren. Dabei stellt sich allerdings die kritische Frage: Wird der langfristige Bedarfstrend nach baulichen Leistungen wirklich so flach verlaufen? - Drei Hauptgründe lassen sich hierzu anführen:

1. *Die demographische Entwicklung.* Das Bevölkerungswachstum - die wichtigste Triebkraft der Bautätigkeit - wird in den achtziger Jahren nur sehr mässig sein (Bild 5).

2. Die *wirtschaftlichen Entwicklungsaussichten* müssen selbst dann als bescheiden bezeichnet werden, wenn man von der düsteren Vision eines wirtschaftlichen Zerfalls Westeuropas absieht und annimmt, dass es der Schweiz gelingt, ihre strukturellen Anpassungsprobleme einigermassen befriedigend zu lösen und ohne grössere strukturelle Arbeitslosigkeit durchzukommen. Mehr als 2% Wachstum pro Jahr liegt auch dann längerfristig nicht drin, und man wird sich vergegenwärtigen müssen, dass eine solche Wachstumsrate nur etwas mehr als einem Drittel derjenigen entspricht, die wir uns in jahrzehntelanger Entwicklung bei der Geltendmachung unserer Ansprüche an Staat und Wirtschaft gewohnt waren!

3. Die *Möglichkeiten einer kompensatorischen, expansiven Investitionspolitik der öffentlichen Hand im Baubereich sind eher begrenzt:* einmal durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung, vor allem aber durch die gegenwärtigen Bestrebungen zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes der öffentlichen Finanzen. Diese gehen bekanntlich weniger in Richtung einer Erschliessung neuer Steuerquellen bzw. einer besseren Ausschöpfung der bestehenden, sondern eher in Richtung einer Verringerung des Ausgabenwachstums. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass eine solche «Austerity-Politik» mehrheitlich auf den Schultern der öffentlichen Investitionen ausgetragen wird, weil dem staatlichen Konsum mehrheitlich Fixkostencharakter zugeschrieben wird! Es kommt nicht von ungefähr, dass sich das Verhältnis zwischen öffentlichen (Bau-)Investitionen und öffentlichen Konsumausgaben in den letzten 10 bis 15 Jahren eindeutig zugunsten des öffentlichen Konsums verschoben hat! Während in den sechziger Jahren die öffentlichen Bauinvestitionen noch 66% der öffentlichen Konsumausgaben ausmachten, schrumpfte dieses Verhältnis bis 1981/82 auf nur mehr knapp 40%!

Bild 5. Jährliche Veränderung der Bevölkerung in der Schweiz von 1950 bis 1981 und Perspektiven für die achtziger Jahre (Mitte-Jahr-zu-Mitte-Jahr-Zahlen)



Das Fazit

Eine längerfristige Analyse der Bestimmungsfaktoren der Bautätigkeit und der ihr eigenen Entwicklungsgesetze zeigt uns, dass die Entwicklungsaussichten dieser Branche um einiges bescheidener sind, als sie aus der statistischen Beobachtung der Entwicklung seit 1977 und den Prognosen für das Jahr 1984 erscheinen mögen. Das trendmässige Wachstum des Bauvolumens kann auf etwa 1–1½% pro Jahr veranschlagt werden. Unter Berücksichtigung der laufenden Produktivitätsfortschritte bedeutet das einen *weiteren unumgänglichen Abbau vorab unqualifizierter Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft.* Hinzu kommt das Problem der *Redimensionierung der Kapitalstrukturen.* Die aussergewöhnliche Kontraktion der Bautätigkeit Mitte der siebziger Jahre ging Hand in Hand mit einem überaus raschen Abbau von Arbeitsplätzen. Die Zahl der in der Bauwirtschaft Erwerbstätigen ging innert weniger Jahre um 80 000 bzw. 30% aller in der Branche Beschäftigten zurück! Mit Abstand nicht so rasch wurden die überdimensionierten Produktions- und Kapitalstrukturen abgebaut: Zum Teil entsprechen sie auch heute noch nicht den neuen Marktgegebenheiten. Geht man davon aus, dass das Bauvolumen selbst Ende der achtziger Jahre den Vorrezessionsstand (1973) nicht erreichen wird, so wird man anerkennen müssen, dass der Bauwirtschaft noch ein langer und schmerzlicher *Weg der Anpassung ihrer Kapital- und Produktionsstrukturen bevorsteht!* Dabei gilt es allerding festzuhalten, dass die Chancen der einzelnen Unternehmungen im Rahmen dieser allgemeinen Entwicklungsperspektiven sehr unterschiedlich zu beurteilen sind. Sie werden entscheidend davon abhängen, inwieweit sich die einzelnen Unternehmungen an die grundlegend veränderten und sich weiter verändernden Nachfrage- und Produktionsbedingungen werden anpassen können.

Einige planungsrelevante Entwicklungstrends

Folgende Entwicklungstrends werden u.a. zu beachten sein:

a) Bezogen auf die gesamte Bautätigkeit wird sich der Hochbau überdurchschnittlich, der Tiefbau unterdurchschnittlich entwickeln. Das hängt mit folgender weiteren Grundtendenz zusammen:

b) Der *Anteil des öffentlichen Baus* am gesamten Bauvolumen nimmt weiterhin tendenziell ab: eine Entwicklung, die seit 1977 zu beobachten ist. Die Gründe liegen einmal in den Bestrebungen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und dem Umstand, dass die in diesem Zusammenhang unternommenen Sparanstrengungen die öffentlichen Investitionsausgaben stärker zu treffen pflegen als die öffentlichen Konsumausgaben. Zweitens wird die Bereitschaft zur Durchführung neuer Investitionen (etwa im Bereich des Umweltschutzes oder des Energiesparens) gehemmt durch entsprechende Finanzierungsprobleme sowie durch die mangelnde Bereitschaft, das Verursacherprinzip zu akzeptieren und die entsprechenden Mehrkosten zu tragen. Bleiben somit die politischen Optionen unverändert, so sind von der öffentlichen Bautätigkeit keine entscheidenden Auftriebsimpulse zu erwarten.

c) *Der Trend weg von der Grossbaustelle und hin zur Kleinbaustelle.* Das nunmehr mässige Bevölkerungswachstum, die Verschärfung der Massnahmen gegen die Entfremdung unseres Bodens, der zunehmende Widerstand gegen die weitere «Überbauung unserer Landschaft» und der Umstand, dass von der öffentlichen Hand keine wesentlichen Impulse auf die Bautätigkeit zu erwarten sind: Alle diese Faktoren werden zur Folge haben, dass die Zahl der Grossprojekte und damit auch der Grossbaustellen zurückgeht, während umgekehrt die Zahl der baulichen Kleinprojekte stark anschwellen wird. Diese Tendenz, die vor allem die Grossunternehmungen vor beträchtliche organisatorische Probleme stellen wird, hängt mit folgendem weiteren Entwicklungstrend zusammen:

d) *Der Trend weg vom Neubau und hin zum Aus-, Um-, Erweiterungs-, Sanierungs- und Renovationsbau.* Die bestehende Substanz in Bauten aller Art drängt mehrheitlich nach einer Verbesserung, nicht aber nach einem Abbruch und einem völligen Neubau. Dem eigentlichen Neubaubedarf sind überdies durch die demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven enge Grenzen gesetzt. Das hat folgende Konsequenzen:

- Überdurchschnittliche Aussichten eröffnen sich für den Planungsbereich und das Bauneben- und Installationsgewerbe, wobei sich die Aufgabenstellung für diese Bereiche der Bauwirtschaft in qualitativer Hinsicht beträchtlich wandeln wird. Denn es macht offenkundig für diese Unternehmen und die von ihnen Beschäftigten einen wesentlichen Unterschied, ob sie Neubauten zu projektieren und auszustatten oder alte Bauten neu zu konzipieren und zu renovieren haben. Ähnliches gilt für die Projektierung und Einrichtung von Bauvorhaben, die innovativen Charakter tragen d.h. neue Aufgaben zu erfüllen haben – Umweltschutzanlagen, Geriatrie-Spitäler und -Pflegestätten, Anlagen zur Ausnützung neuer Energieformen oder zur Verwirklichung umfassender Recycling-Projekte usw.
- Unterdurchschnittliche Entwicklungsaussichten stellen sich – gesamthaft betrachtet – für das Bauhauptgewerbe und für Teile der Baustoffindustrie, weil sich der Anteil dieser Branchen am gesamten Bauvolumen tendenziell verringert. Ähnliches gilt – wegen der in den nächsten Jahren andersgearteten Struktur der Bautätigkeit – für Absatzmöglichkeiten zahlreicher Bau- und Erdbewegungsmaschinen.

e) *Grosse regionale und lokale Unterschiede in der Entwicklung der Bautätigkeit.* Eine letzte Grundtendenz sei hier noch erwähnt. Sie betrifft die regionale Entwicklung der Bautätigkeit. Zwar verlief diese bereits in den fünfziger und sechziger Jahren sehr unterschiedlich, doch profitierten damals auch die entwicklungsschwächeren Regionen von der überaus kräftigen allgemeinen Aufwärtsbewegung, welche die Bauwirtschaft in diesen Jahrzehnten erfasst hatte. Eine solche Situation ändert sich grundlegend in einer Phase stark verlangsamten allgemeinen Wirtschaftswachstums, in welcher immer mehr Gemeinden nicht nur einen relativen Bedeutungsschwund verzeichnen, sondern einem eigentlichen Kontraktionsprozess unterliegen, durch welchen eine zunehmende Zahl von Bauunternehmungen in ihrer Existenzgrundlage gefährdet werden. Man darf immerhin nicht übersehen, dass – nach ersten provisorischen Erhebungen – mehr als die Hälfte aller Schweizer Gemeinden eine rückläufige Bevölkerungsbewegung, weitere 800 bis 900 eine stagnierende und nur 600 bis 700 eine (teilweise schwach) wachsende Bevölkerung verzeichnen! Im Gegensatz zu den fünfziger und sechziger Jahren sind die demographischen Entleerungsräume nicht mehr in den Berggegenden konzentriert, sondern finden sich auch im «reichen» Mittelland. Beträchtliche Umschichtungen der Wohnbevölkerung finden auch innerhalb der grösseren Agglomerationen statt. Es gilt für die Bauunternehmer, diese unterschiedlichen regionalen Entwicklungstendenzen zur Kenntnis zu nehmen und sich vermehrt mit ihnen auseinanderzusetzen. Das setzt nicht nur eine Verbesserung der Informationsbasis, sondern auch vermehrte längerfristige Analysen

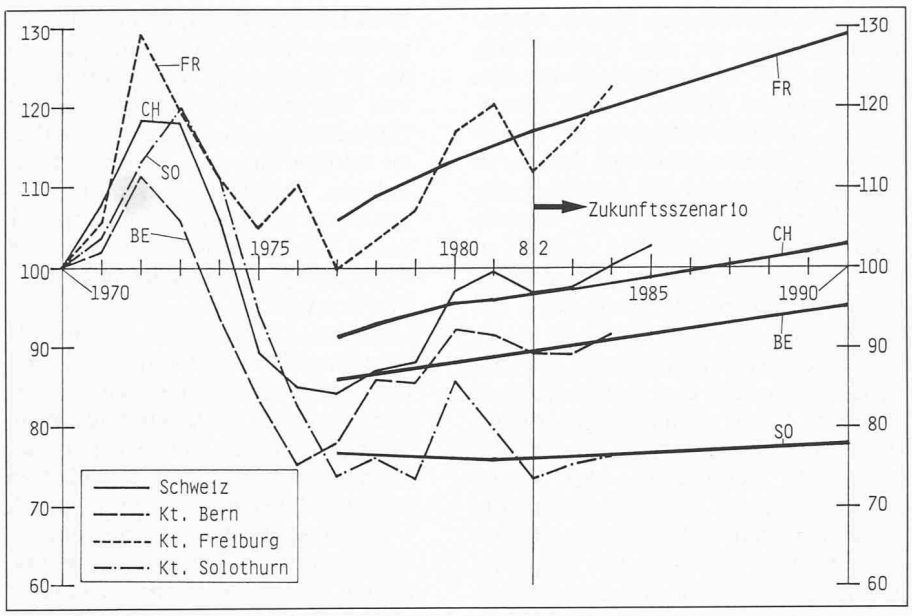


Bild 6. Die Bautätigkeit in den Kantonen Bern, Freiburg und Solothurn im schweizerischen Vergleich von 1970 bis 1982, mit Konjunkturprognosen bis 1984 sowie Trendschätzungen bis 1990

und Perspektiven auf regionaler Ebene voraus. Bild 6 - welches die Entwicklung der Bautätigkeit in den Kantonen Bern, Solothurn und Freiburg vergleichend darstellt - zeigt beispielhaft die grossen Unterschiede in der regionalen Entwicklung der Bautätigkeit und der sich daraus ergebenden Perspektiven. Es braucht wohl nicht unterstrichen zu werden, dass innerhalb der einzelnen Kantone auf Gemeinde- und regionaler Ebene ebenso ausgeprägte Unterschiede in der Entwicklung der Bautätigkeit bestehen, die systematisch erfasst und analysiert werden sollten.

Einige Schlussfolgerungen

Die skizzierten Entwicklungsperspektiven stellen die Bauwirtschaft vor Probleme, die ungleich schwerer zu bewältigen sein werden als diejenigen, die sich ihr in den fünfziger und sechziger Jahren im Gefolge der damaligen wirtschaftlichen «Sturm-und-drang-Periode» stellten. Ihre Lösung erfordert von den Leitungen der einzelnen Unternehmungen mehr Beweglichkeit, Initiative, Risikobereitschaft und Mut zum Neuen; von den Mitarbeitern in allen Positionen mehr Bereitschaft, sich fortzubilden und umzuschulen, laufend Neues hinzuzulernen und allenfalls auch neue Aufgaben zu meistern. Sie erfordert zugleich die Einsicht, dass jeder Anpassungsprozess auf kurze Sicht Verluste, Einkommenseinbussen, Unannehmlichkeiten und Opfer verlangt, die erst einmal durchgestanden, ja oft durchlitten werden müssen, bevor die längerfristigen Vorteile der vollzogenen Umstellung wirksam werden. Mit der heute weitherum gehuldigten kurzfristigen Betrachtungsweise, durch welche den Tagesproblemen grössere Beachtung geschenkt wird als den längerfristigen, wird man jedoch die bevorstehende Bewährungsprobe nicht bestehen. Deshalb gehen meiner Ansicht nach auch die gegenwärtigen *Bestrebungen, die Konjunkturanalyse und -prognose noch kurzfristiger zu fassen* (nämlich auf Quartals- und teilweise sogar auf monatlicher Basis), *in die völlig falsche Richtung*. Informationen dieser Art überzeichnen nur noch mehr das Kurzfristige, Vergängliche, Zufällige und Einmalige in ihrer aussergewöhnlichen, letztlich aber nicht entwicklungsrelevanten Hektik, während das Wesentliche, das Überdauernde und Grundlegende unbeachtet bleibt. Es ist wirklich paradox: Jedermann spricht heute von der Notwendigkeit, in seinen Entscheidungen über die eigene Nasenspitze hinaus sehen zu müssen und längerfristiger zu denken und zu handeln. Langfristige Strategie anstatt kurzfristige reaktive Taktik, so lautet die Parole! Tatsächlich verharrt man aber sowohl in der Politik wie in der Wirtschaft mehrheitlich im Alltag, wartet sehnsüchtig auf bessere Zeiten und versucht mittlerweile krampfhaft, zwischen den vorüberziehenden pechschwarzen Gewitterwolken den Anflug einer kurzen Aufhellung zu erspähen und als Massstab für das eigene Verhalten und Handeln zu machen.

Spätestens an diesem Punkt dürfte der berühmte Spruch von *J.M. Keynes* fallen: «In the long run we are all dead» (Auf lange Sicht sind wir alle tot). Ich finde diesen Spruch gar nicht so gut, denn er läuft im Grunde genommen auf eine Philosophie des «Après nous le déluge» hinaus. Im übrigen lässt er sich allerhöchstens auf den Einzelmenschen - in seiner tatsächlichen Kurzlebigkeit - übertragen, nicht aber auf das Schicksal von Unternehmungen und noch weniger auf das ganzer Branchen, die sich ja immer aufs Neue regenerieren und weiterentwickeln (müssen). Im Rahmen derlei komplexer Gebilde gilt es, sich vor allem zu vergegenwärtigen, dass die dort getroffenen Entscheidungen den zukünftigen Entwicklungsweg und somit das *Schicksal künftiger Generationen von Mitarbeitern, Bürgern und Erwebstätigen* in positivem oder negativem Sinn massgeblich bestimmen. Es geht also weniger um die unbestreitbare Tatsache, dass die heute Entscheidenden - einzeln betrachtet - irgendwann einmal sterben werden, als dass sie heute Entscheidungen treffen, die sich langfristig auswirken und für die sie letztlich die Verantwortung zu tragen haben. Ich *betrachte es daher als einen verhängnisvollen Fehler, wenn man sich gegenwärtig in der Beurteilung der Wirtschaftslage so ausschliesslich auf die kurzfristige Entwicklung der Konjunktur ausrichtet, anstatt sich vermehrt mit den fundamentalen Entwicklungs- und Strukturproblemen unserer Volkswirtschaft* auseinanderzusetzen. Denn schliesslich wird unser Wille und unsere Fähigkeit, diese Probleme zu bewältigen, darüber entscheiden, ob es zum erhofften Übergang zu schönerem Wetter oder nur zu einer vorübergehenden Aufhellung der durch unsere Inaktivität weiterhin in einem dauerhaften Tief verharrenden wirtschaftlichen Landschaft kommt.

Adresse des Verfassers: Prof. Dr. *Francesco Kneschaurek*, St. Galler Zentrum für Zukunftsforschung, Postfach 738, 9006 St. Gallen.

Vortrag, gehalten anlässlich der 6. Engelberger Tagung, 2./3. Februar 1984, «Bauwirtschaft heute und morgen - Strukturwandel: die andauernde Herausforderung der Zukunft», veranstaltet durch die SIA-Fachgruppe für industrielles Bauen FIB.